

Initiativantrag

der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend die Deutschpflicht in oö. Schulen

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich beim Präsidenten des Landeschulrates dafür einzusetzen, dass den oö. Schulen entsprechende Muster-Vereinbarungen zur Verfügung gestellt werden, mit denen an der jeweiligen Schule Regelungen für die grundsätzliche Verwendung der deutschen Sprache auch außerhalb der Unterrichtszeiten vereinbart werden können.

Begründung

Die Gruppenbildung von Schülern unterschiedlicher Herkunft wird immer mehr zum Problem in den Schulen. Vor allem dort, wo ein hoher Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund zu verzeichnen ist, kommt es aufgrund dieser Gruppenbildung zu mangelnder Kommunikation der Schüler untereinander bzw. auch der Schüler mit den Lehrern. Konflikte sind vorprogrammiert.

Die Verpflichtung zur Verwendung der deutschen Sprache als Schulsprache würde zur Verbesserung dieser Kommunikation beitragen.

Für eine bessere Integration wäre diese Maßnahme ebenfalls hilfreich. Damit würde nämlich sichergestellt, dass das unerlässliche und für die Zukunft der Kinder und Jugendlichen entscheidende Beherrschen der deutschen Sprache gefördert wird. Denn gerade in der Schule bestünde die Möglichkeit, die deutsche Sprache durch tägliches Üben in Alltagssituationen perfekt zu erlernen.

Die deutsche Bundesregierung hat die Notwendigkeit einer solchen Regelung im Zuge der jüngsten Integrationsdebatte bereits erkannt. So sagte deren Integrationsbeauftragte Maria Böhmer (CDU) vor kurzem wörtlich: "Vor einem Jahr hat diese Diskussion noch einen Aufschrei hervorgerufen. Heute hat sich die Erkenntnis durchgesetzt: Deutsch muss verpflichtende Schulsprache sein."

Ihr Koalitionspartner, FDP-Generalsekretär Christian Lindner, stellte fest: "An manchen Schulen sind Deutsche inzwischen die Minderheit. Es hilft der Integration, wenn dort Deutsch nicht nur im Unterricht gesprochen wird, sondern auch auf dem Pausenhof."

Schließlich hat auch die SPD, unter anderem durch stv. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, entsprechende Regelungen für die Deutschpflicht in Schulhöfen begrüßt.

Es ist höchst an der Zeit, dass auch Oberösterreich der geänderten Situation Rechnung trägt und den Schulen entsprechende Unterstützung anbietet, um sicherzustellen, dass an der jeweiligen Schule auch außerhalb des Unterrichts Deutsch gesprochen wird.

Linz, am 8. November 2010

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Wall, Cramer, Klinger, Makor, Steinkellner, Povysil, Schießl, Lackner, Nerat